

THEMA DER WOCHE

Arbeiterwohlfahrt untersucht Folgen der generalistischen Pflegeausbildung

50 000 Ausbildungsplätze in Gefahr

Die generalistische Ausbildung als Jobkiller? Davor warnt jetzt die Arbeitsgruppe Pflegeberufegesetz des Unterebeitskreises (UAK) Altenpflegeschulen des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Eigenen Berechnungen zufolge gefährdet das geplante Pflegeberufegesetz rund 50 000 Ausbildungsplätze.

VON MONA FROMMELT UND
BIRGIT HOPPE

München/Berlin // Taucht man in die Folgen einer generalistischen Pflegeausbildung in der geplanten Form ein, so bekommt man auch als Kritikerin des Vorhabens noch einen Schreck. Der Satz: „Und fürchte dich nicht, es könnte schlimmer werden – und ich fürchte mich nicht und es kam schlimmer!“ scheint für das geplante Gesetzesvorhaben zuzutreffen. Nach Berechnungen der Arbeitsgruppe Pflegeberufegesetz des Unterebeitskreises (UAK) Altenpflegeschulen des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt kann das neue Pflegeberufegesetz einen Verlust von 50 000 Ausbildungsplätzen zur Folge haben. Ausgangspunkt dieser Berechnung sind die rund 132 800 Frauen und Männer, die sich derzeit in einer der drei Ausbildungen Kinderkrankenpflege (6 800), Krankenpflege (64 000) und Altenpflege (62 000) befinden. Hier die Verlustrechnung:

1. Das für das Gesetzesvorhaben beauftragte Finanzierungsgutachten von Prognos und dem Wissenschaftlichen Institut der Ärzte Deutschlands (Wiad) geht von einer Schließung von rund sechs Prozent der Schulen bei Einführung der Generalistik aus. Das macht bei rund 1 500 Schulen und einer im Finanzierungsgutachten berechneten durchschnittlichen Schülerzahl von 91 rund 8 100 Ausbildungsplätze aus.

2. Die hier zugrunde gelegten Schulkosten von 459 Euro pro Schüler sind jedoch zu niedrig angesetzt.

Realistisch sind 580 Euro pro Schüler. Dies ergibt pro Jahr einen Mehrbedarf von 172 288 000 Euro (in drei Jahren ca. eine halbe Milliarde). Wird dieser nicht finanziert, sondern durch die geplanten Umlagefonds gedeckelt, sind das weitere 24 000 Plätze weniger.

3. Künftig soll nur noch der mittlere Bildungsabschluss und auch nicht mehr eine zehnjährige Schulbildung als Zugangsvoraussetzung gelten. In der Altenpflegeausbildung verfügen derzeit rund ein Viertel der Schüler über eine andere zehnjährige Schulbildung. Ergebnis: Weitere 15 500 Ausbildungsplätze minus.

4. Bei der Neuordnung der Pflegeausbildung wird davon ausgegangen, dass der Beruf attraktiver wird, wenn keine Festlegung auf ein Arbeitsfeld erfolgt. Ein Beleg wird dafür nicht gegeben.

Richtig ist, dass sich rund die Hälfte der Bewerber in der Altenpflege und fast 100 Prozent in der Kinderkrankenpflege bewusst und ausschließlich für den jeweiligen Beruf entscheiden. Geht man konservativ von 30 Prozent Verlust an Bewerbern für die Altenpflegeausbildung und von 80 Prozent in der Kinderkrankenpflegeausbildung aus, ergibt sich ein Verlust von insgesamt 18 600 plus 5 400, also insgesamt ein Verlust von 24 040 Ausbildungsplätzen.

5. Der Entwurf sieht die Möglichkeit einer berufsbegleitenden Ausbildung nicht vor. Durch die vorgeschriebenen Praxiserfahrungen ist das Modell der berufsbegleitenden Ausbildung (Beschäftigung beim Arbeit-



Die Zusammenlegung der drei Pflegeberufe gefährdet mehrere tausend Ausbildungsplätze.

Foto: epd/Krüper

geber mit wenigen, oft im eigenen Betrieb möglichen Praxiseinsätzen) nicht mehr umsetzbar. Auch eine Teilzeitausbildung wird sich aufgrund der Vielzahl der Klinikpraktika nicht realisieren lassen. Die berufsbegleitende Ausbildung und die Teilzeitausbildung werden nicht mehr möglich sein.

Diese Form der Ausbildung wird in der Regel von Quereinsteigern aus anderen Berufen absolviert. Diese wesentliche Ressource zur Fachkräftegewinnung entfällt und damit voraussichtlich 12 400 der Ausbildungsplätze bzw. des möglichen Bewerberpotenzials.

6. Die neue Ausbildung sieht zwar eine vertragliche, aber keine personelle Bindung an den Betrieb vor (hier insbesondere über eine personelle stabile und kontinuierliche Praxisanleitung). Konflikte und Überforderungen sind nicht mehr durch kontinuierliche Anleitungspersonen gerahmt und können nicht mehr im Hinblick auf den Ausbildungserfolg reflektiert und problemorientiert bearbeitet werden. Durch einen ständigen Wechsel der Anleiter, Kollegen und Institutionen wird die Abbrecherquote über die jetzigen von Prognos und Wiad kalkulierten fünf Prozent steigen, geschätzt um weitere fünf Prozent. Das sind rund 3 100 Ausbildungsplätze.

7. Die Ausbildungszeit beim vertragsgebenden Ausbildungsbetrieb wird sich mindestens um die Hälfte halbiehen. Ausbildung wird für die Einrichtungen aufwändig und verliert an Bedeutung für die Personalentwicklung. Für ambulante Dienste ist es aufgrund der sehr geringen Praxiszeiten im Betrieb wenig interessant und aufgrund der geplanten Anrechnung auf den Personalschlüssel (10,6:1) kaum mehr machbar, auszubilden. Das sind geschätzt noch einmal 6 200 – zehn Prozent – der

Ausbildungsplätze, die nicht mehr besetzt werden.

8. Die dreijährige Förderung der Altenpflegeausbildung läuft 2016 aus. Es ist nicht zu erwarten, dass in der neuen Konstruktion die entsprechenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente greifen bzw. weiterhin eingesetzt werden. Die im Rahmen der Förderung erreichte Zielgruppe wird für die Ausbildung dann nicht mehr erreicht. Das bedeutet: rund 6 200 Ausbildungsplätze weniger.

9. Geplant ist, die Ausbildung zum Gegenstand von Budgetverhandlungen zu machen. Der Löwenanteil soll aus Kassenbeiträgen – Krankenkassen, Krankenhäusern und stationären Einrichtungen – finanziert werden. Die Länder sollen mit rund neun Prozent beteiligt sein. Berufliche Bildung zum Gegenstand von Budgetverhandlungen zu machen, ist beispielsweise die Schule besonderer Art, die es vor allem noch in der Krankenpflegeausbildung gibt, stellt eine Diskriminierung von sogenannten Frauenberufen dar. Dass Schulen im Schulrecht der Länder, hier vor allem die in öffentlicher Trägerschaft, auf der Basis von Budgetverhandlungen weiter ausbilden – ist schwer vorstellbar. Geschätzter Verlust an Ausbildungsplätzen: die Zahl XI

Unterm Strich ein Minus von 100 000 Plätzen

Unterm Strich stehen 99 540 Plätze weniger. Rechnet man sehr optimistisch und halbiert die Zahl – aufgrund von Doppelzählungen, Veränderungen bei den geschätzten Anteilen – liegt man immer noch bei einem Verlust von 49 770 Ausbildungsplätzen, das entspricht knapp 40 Prozent der jetzigen Ausbildungsplätze.

Schon jetzt gibt es zu wenige Fachkräfte. Die neue Ausbildung

wird den Pflegeberuf attraktiver und zukunftsfest machen. Belege gibt es dafür nicht. Die angestellte Rechnung lehrt einem dagegen das Fürchten. Der für 2030 prognostizierte Mangel an Fachkräften würde in der optimistischen Variante durch die Generalistik von minimal

// Für die alternde Gesellschaft wäre dies ein Fiasko //

MONA FROMMELT UND BIRGIT HOPPE

geschätzten 360 000 auf 610 000 Personen steigen. Dieses Risiko kann niemand eingehen. Eine seitens der Regierung stabile Risikofolgenabschätzung muss stattfinden. Vor der Verabschiedung des Gesetzes sind die oben skizzierten Gefahren sicher auszuschließen.

Wer wird der Verlierer sein? Die Altenpflege! Und zwar zweifach! Die Absolventen werden für die Bedarfe schlechter qualifiziert sein. Von den verbleibenden im Vergleich zu heute nur mehr 60 Prozent neuer Fachkräfte werden sich die meisten in der Regel für die besser bezahlte Akutpflege entscheiden (müssen). Für eine alternde Gesellschaft wäre dies ein Fiasko!

□ Mona Frommelt ist Direktorin der Hans-Weinberger-Akademie der AWO in München. Kontakt: m.frommelt@hwa-online.de; Birgit Hoppe ist Vorsitzende des Arbeitskreis Ausbildungsstätten für Altenpflege (AAA) in Berlin. Kontakt: birgit.hoppe@stiftung-spi.de



MEINUNG

Steve Schrader,
Chefredakteur CAREkonkret

Keine Einbahnstraße

Bis zu 50 000 Ausbildungsplätze weniger – angesichts des ohnehin schon großen Fachkräfteproblems kann einem da schon Angst und Bange werden. Unabhängig davon, ob die Arbeiterwohlfahrt mit ihrer Berechnung ein realistisches Bild zeichnet oder eher ein Worst-Case-Szenario mit „Auftrüffel-Funktion“ entwirft: Die generalistische Ausbildung stellt für die Altenpflege eine riesige Herausforderung dar.

Noch kämpfen deren Gegner mit viel Engagement und Herzblut für den Erhalt der Altenpflegeausbildung. Ob dieser Kampf erfolgreich sein wird, ist ungewiss. Fest steht aber: Sollte es zu einer gemeinsamen Ausbildung kommen, wird der Altenpflegebranche nichts anderes übrig bleiben, als aus der Not eine Tugend zu machen. Und die Hoffnung zu wahren, dass die neue Ausbildung nicht zwangsläufig eine Einbahnstraße sein muss. Etwas Mut macht da Michael Schwenk von der Verbundschule Lebach (im Interview auf Seite 3). Dort wurde schon vor Jahren ein Modellprojekt zur generalistischen Ausbildung ins Leben gerufen. Und einige dieser Auszubildenden, für die zuvor nur die Arbeit in einem Krankenhaus infrage kam, haben sich nach der Ausbildung bewusst für die Arbeit in der Altenpflege entschieden. Dies muss die Branche nun – bei aller berechtigten Kritik und Sorge – als Chance begreifen. Und die Vorzüge des Arbeitsfeldes Altenpflege selbstbewusst nach außen tragen.

THEMA DER WOCHE

Kostet die Ausbildungsreform 50 000 Ausbildungsplätze?

Ministerium weist Kritik zurück

Dass die generalistische Ausbildung 50 000 Ausbildungsplätze gefährden soll, stößt beim Bundesfamilienministerium auf Unverständnis. Allerdings: Der für den Sommer versprochene Referentenentwurf lässt weiter auf sich warten. Hinter den Kulissen wird kontrovers diskutiert.

VON KERSTIN HAMANN UND STEVE SCHRADER

Berlin // Gefährdet die generalistische Pflegeausbildung bis zu 50 000 Ausbildungsplätze? Das für das neue Berufsgesetz zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hält die Berechnungen der Arbeitsgruppe der Arbeiterwohlfahrt (vgl. Seite 2) „für nicht nachvollziehbar“. „Ziel der Reform ist es, die Pflegeausbildung zukunftsfest auszugestalten, die Ausbildungsqualität zu verbessern und die Attraktivität der Ausbildung zu steigern. Zu diesem Zweck soll auch die Finanzierung auf eine neue Grundlage gestellt werden. Das von Prognos/WIAD zur Vorbereitung erstellte Finanzierungsgutachten enthält dabei ausschließlich Prognosen über die Kostenfolgen, die in den verschiedenen Varianten nach Berücksichtigung aller verfügbaren Zahlen zu erwarten sind“, erläutert

Frank Kempe, Sprecher des Ministeriums, gegenüber CAREkonkret. Eine Deckelung der Ausbildungszahlen sei nicht beabsichtigt, „insbesondere ist keine Deckelung über ein vorgegebenes Gesamtbudget vorgesehen, sondern eine weitere Steigerung der Ausbildungszahlen gewünscht“.

Die Verlustrechnung der Arbeitsgruppe basiere nach Ansicht des Ministeriums auf „falschen Annahmen sowohl hinsichtlich der Regelungsinhalte der Reform als auch hinsichtlich des Gutachtens“. So gehe das Gutachten bei einer angenommenen moderaten Reduzierung der Zahl der Pflegeschulen um sechs Prozent ausdrücklich davon aus, dass die derzeitige Zahl der Ausbildungsplätze beibehalten werden kann, dass es also eine entsprechende, leichte Zunahme der Schulgröße geben werde.

Es sei verständlich, dass die anstehenden Veränderungen bei manchen Betroffenen zu Verunsicherung führen, räumt Kempe ein. Nach

Vorlage des Referentenentwurfs mit dem zugehörigen Begründungsteil werde im Rahmen des Anhörungsverfahrens auch für die Verbände noch einmal umfassend Gelegenheit bestehen, zu der beabsichtigten Reform Stellung zu nehmen.

Entwurf im Oktober?

Doch der Referentenentwurf, der für diesen Sommer angekündigt war, lässt weiter auf sich warten. Kempe zufolge wird gegenwärtig der finale Entwurf erstellt. „Mit diesem beginnt das förmliche Gesetzgebungsverfahren, das noch in diesem Jahr eingeleitet werden soll“, sagt er. Im Referentenentwurf sollen alle notwendigen Angaben – unter anderem zu den finanziellen Folgen der Reform – enthalten sein. Brancheninsider gehen davon aus, dass der Entwurf im Oktober dieses Jahres kommt.

Wie genau es mit der Ausbildung weitergeht, wollte auch die



Wer gewinnt – wer verliert? Diese Frage beschäftigt nicht nur Experten, sondern auch die Auszubildenden. Ein Ende des politischen Tauziehens ist nicht in Sicht. Foto: Krüger

Bundestagsfraktion der Grünen im Rahmen einer Kleine Anfrage wissen. Aus der Antwort der Bundesregierung geht hervor, dass das Gesetz stufenweise umgesetzt werden soll. Was dies genau bedeutet, erläutert Ministeriumssprecher Kempe. „Die neue Ausbildung kann nicht unmittelbar mit der Verabschiedung des Gesetzes starten, vielmehr müssen dafür weitere Vorbereitungen getroffen werden. Insbesondere geht es dabei um den Erlass notwendiger begleitender Rechtsverordnungen.“

Bei vielen Gesetzen sei aus solchen Gründen ein Inkrafttreten in mehreren Schritten vorgesehen. Mit der Verabschiedung treten dann zunächst einmal die Verordnungsermächtigungen in Kraft und zu einem späteren Zeitpunkt die übrigen Vorschriften. „Für die Umsetzung der Reform der Pflegeausbildung werden wir natürlich auch berücksichtigen, dass die Ausbildungsbetriebe und Pflegeschulen hinreichend Zeit benötigen, um sich auf die neue Ausbildung einzustellen.“

INTERVIEW

// Die Altenpflege profitiert //

Die Altenpflege wird von der gemeinsamen Ausbildung profitieren – davon ist Michael Schwenk überzeugt. Der Pflegepädagoge hat vor fünf Jahren an der Verbundschule Lebach ein Modellprojekt zur generalistischen Pflegeausbildung ins Leben gerufen. Mit durchweg positiven Erfahrungen.

INTERVIEW: STEVE SCHRADER

Herr Schwenk, was genau hat es mit dem Projekt auf sich?

Das Ganze ist als Modellprojekt angelegt, drei Kurse mit im Schnitt je 20 Schülern wurden vom Gesundheitsministerium des Saarlandes genehmigt. Es gab eine Kooperation mit einer Altenpflegeschule der DAA St. Ingbert. Gestartet ist der erste Kurs am 1. Oktober 2010, der letzte Kurs macht im März 2016 das Examen. Die generalistische Ausbildung dauert dreieinhalb Jahre, die Teilnehmer erwerben drei Abschlüsse: Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie Altenpflege. Für die theoretische Ausbildung wurde ein eigenes kompetenzorientiertes Curriculum mit 2 500 Stunden entworfen. Die praktische Ausbildung mit 3 600 Stunden verteilt sich bei gleichem Umfang auf Akutkrankenhaus Erwachsene, Akutkrankenhaus Pädiatrie und die stationäre Altenhilfe. Daneben gibt es mehrere kürzere Einsätze, etwa im ambulanten Bereich. Im letzten Halbjahr können die Auszubildenden einen Vertiefungseinsatz in einem Bereich ihrer Wahl machen.

Wie sind Ihre Erfahrungen?

Wir haben überwiegend positive Erfahrungen gemacht. Die Teilnehmer waren hoch motiviert und mit dem Ausbildungsverlauf sehr

zufrieden. Dabei war es für die Auszubildenden nicht leicht: Sie mussten flexibel sein, da sie in vielen verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens eingesetzt wurden. Ihnen wurde viel eigenständige Arbeiten abverlangt. Die Lehrer mussten sich ebenfalls umstellen: Sie sollten ‚generalistisch‘ denken und unterrichten – also wegen der großen Bandbreite an Themen weg von der Einstellung ‚Alles ist wichtig‘ hin zu der Vermittlung exemplarischen Wissens. Für die Pflegekräfte vor Ort waren die generalistischen Auszubildenden eine Herausforderung, denn diese waren selbstbewusst, fragten viel und hatten oftmals ein gutes Vorwissen.

Viele Verbände der Altenhilfe befürchten, dass bei einer generalistischen Ausbildung die Altenhilfe zu kurz kommt, weil die Pflegekräfte lieber in den Krankenhäusern arbeiten. Sehen Sie diese Gefahr auch?

Diese Befürchtungen teile ich nicht. Im Gegenteil, ich denke, die Altenpflege wird einer der Profiteure der generalistischen Ausbildung sein. Einige Teilnehmer, die sich zu Beginn der Ausbildung überhaupt nicht vorstellen konnten, in einem Altenheim zu arbeiten, waren später von der Altenpflege begeistert und haben sich nach dem Examen bewusst für diesen Bereich entschieden. Aus den Altenpflegeein-



richtungen haben wir sehr positive Rückmeldungen bekommen. Die Auszubildenden haben durch ihre Erfahrungen im Krankenhaus ein umfangreiches Wissen, etwa im Bereich der Behandlungspflege, mitgebracht, das sie nutzen konnten. Ich begrüße die Pläne der Bundesregierung: Eine Ausbildung nach Altersgruppen halte ich für nicht zeitgemäß, im europäischen Vergleich hinken wir den anderen Ländern um Lichtjahre hinterher. Zudem würde eine einheitliche Ausbildung auch die Pflege insgesamt stärken.

Wie viele der Absolventen arbeiten denn jetzt in der Altenpflege? Etwa zehn Prozent.

Das klingt zunächst wenig. Reicht das aus, um den demografischen Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu begegnen? Natürlich reichen zukünftig zehn Prozent nicht aus. Man muss aber bedenken, dass ein Großteil der Teilnehmer des Modellprojekts ursprünglich in die Krankenpflege oder Kinderkrankenpflege gehen wollte. Dass dann jetzt doch einige in der Altenpflege gelandet sind, zeigt doch, wie wertvoll die generalistische Ausbildung gerade auch für den Bereich der Altenhilfe ist!

www.verbundschule-lebach.de

DGGPP-Umfrage zur Generalistik

Verband sieht dramatische Folgen

Berlin // Die Deutsche Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie (DGGPP) spricht sich vehement für den Erhalt der Altenpflegeausbildung aus, anderenfalls würde sich der Pflegeberuf verschärfen. Um ihre These mit Zahlen zu untermauern, hat die DGGPP jetzt eine Befragung von rund 8 000 Altenpflegeschülern durchgeführt. „Wer sich für Altenpflege und die Altenpflegeausbildung entscheidet, macht das sehr überlegt“, 93 Prozent der Befragten geben an, dass sie sich ganz bewusst für die Arbeit mit den alten Menschen entschieden haben. Eine Zahl, die wir in dieser Deutlichkeit nicht erwartet hatten“, so Präsident Prof. Hans Gutzmann.

„Zahlen lassen Schlimmes befürchten“

Auf die Frage, ob die Schüler auch unter den Bedingungen der generalistischen Ausbildung mit großen praktischen und theoretischen Anteilen aus der Krankenpflege und Kinderkrankenpflege die Ausbildung machen würden, antwortete mehr als ein Drittel (37 Prozent) mit „Nein“. „Diese Zahl lässt Schlimmes für die Pflege von älteren Menschen befürchten“, so Gutzmann. „Schon heute fehlen zehntausende von Fachkräften in den Heimen und ambulanten Diensten. Wenn mit Einführung der generalistischen Ausbildung hochgerechnet rund ein Drittel weniger eine Ausbildung beginnen will, kann sich jeder ausmalen, was in den Heimen und ambulanten Diensten passiert.“

Generalistisch ausgebildete Pflegekräfte können sich nach der Ausbildung entscheiden, ob sie in der Altenpflege arbeiten wollen oder in

der meist besser bezahlten Krankenpflege. „Von den heute in Ausbildung befindlichen Altenpflegeschülerinnen wollen dann 18 Prozent direkt in die Krankenpflege gehen, 44 Prozent wollen weiterhin in der Altenpflege arbeiten, der Rest (38 Prozent) ist noch unentschieden – ein weiterer Verlust für Heime und Pflegedienste“, so Prof. Gutzmann.

Kritik vom DBfK

Harsche Kritik an der Umfrage äußerte der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK). Altenpflegeschüler würden mit Fehlinformationen verunsichert und manipuliert. Die Umfrage der DGGPP, die von den Autoren als „wissenschaftliche Studie“ präsentiert werde, arbeite zum Teil mit Suggestivfragen.

Gleichzeitig fordert der Verband die beiden federführenden Ministerien auf, endlich einen diskussionsfähigen Gesetzentwurf vorzulegen. „Die Pläne einer generalistischen Ausbildung und eines zweiten Zugangsweges zum Beruf über eine hochschulische Ausbildung werden vom DBfK ausdrücklich begrüßt“, sagte DBfK-Präsidentin Prof. Christel Biehn. „Wir brauchen jetzt endlich Klarheit über Struktur und Inhalt sowie den Zeitplan für die Umsetzung der neuen Ausbildung, nicht zuletzt damit die Schulen und Hochschulen Planungssicherheit erhalten.“

Die lange Vorbereitungszeit nütze nur den Reformgegnern, die „durch Wiederholung ihrer bekannten – vor allem von Vorurteilen und der Sicherung spezifischer Interessen von Trägern und Schulen geprägten – Argumente Unsicherheit schüren“. (sts)